

Zehn Etappen zum Abgrund

Aus: DIE ZEIT vom 1. November 1996

Ein Vergleich der gegenwärtigen Krise mit dem (absoluten) Ausmaß des Elends während der Weltwirtschaftskrise ist pure Schwarzmalerei. Betrachtet man die (relative) Deklassierung von Millionen Menschen durch die derzeitige Massenarbeitslosigkeit, so ist der Vergleich nicht mehr so abwegig. Am größten ist freilich folgende Ähnlichkeit: die Logik (nicht das Tempo), nach der sich die gegenwärtige Krise entwickelt hat, entspricht jener der dreißiger Jahre. Dies ergibt sich aus dem Zusammenwirken der damals wie heute wirksamen "Krisenkomponenten":

- Die Dominanz der (neo-)liberalen Doktrinen: der wichtigste Grund für Arbeitslosigkeit sind zu hohe Löhne und Arbeitslosengelder, der wichtigste Grund für die Staatsverschuldung ist der "ausufernde" Sozialstaat, das einzige Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Erhaltung des Geldwerts.
- Die daraus abgeleitete Sparpolitik zulasten der sozial Schwachen, insbesondere der Arbeitslosen, aber auch zulasten der Unternehmen, insbesondere durch Senkung der öffentlichen Investitionen.
- Die deutlich über der Wachstumsrate liegenden Zinssätze als Folge des Machtzuwachses der Notenbanken.
- Die zunehmenden Konflikte zwischen Unternehmer(verbänden) und Gewerkschaften, also der Übergang zu nicht-kooperativen Strategien.
- Die Instabilität der Finanzmärkte, insbesondere der Zinssätze und Wechselkurse, und damit die erhöhte Unsicherheit für Investitionen und Handel.
- Die Zunahme nicht-kooperativer Strategien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen: einzelne Länder versuchen immer mehr, ihre eigene Position auf Kosten anderer durch Abwertungen, Lohnkürzungen oder Sozialabbau zu verbessern.

Die derzeitige Krise ist aus der Interaktion ähnlicher Faktoren wie in den dreißiger Jahren herangewachsen, allerdings "schleichend" über einen Zeitraum von etwa 25 Jahren: durch die "Verarbeitung" der Weltwirtschaftskrise war nämlich in der ersten Nachkriegsphase ein wirtschafts- und sozialpolitisches System aufgebaut worden, das nur in mehreren Etappen wieder abgebaut werden kann.

Zur Entwicklung der Weltwirtschaftskrise

Der wichtigste Grund, warum sich der Konjunkturunbruch 1929 zur globalen Depression entwickelte, lag in einer Wirtschaftspolitik, welche den Doktrinen der damals herrschenden liberalen Wirtschaftstheorie folgte:

- Arbeitslosigkeit kann nur durch Senkung der Löhne sowie der Unterstützungen für Arbeitslose bekämpft werden.
- Je mehr sich der Staat „aus der Wirtschaft“ zurückzieht, desto besser für die Gesellschaft.
- Jedenfalls soll der Staat ein ausgeglichenes Budget aufweisen, steigt es an, so muß es durch Ausgabensenkungen reduziert werden.
- Alle Märkte sollen in maximalem Ausmaß liberalisiert werden, insbesondere auch die Finanzmärkte.

Als Folge des Konjunkturunbruchs stieg die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen gingen zurück, das Budgetdefizit weitete sich aus. Darauf reagierte der Staat mit einer Sparpolitik, insbesondere auf Kosten der Arbeitslosen, gleichzeitig gingen die Löhne zurück: beide Entwicklungen senkten Einkommen und Nachfrage der Haushalte und damit die Umsätze der Unternehmen, worauf diese mit Investitionskürzungen und weiteren Entlassungen reagierten: so drehte sich die „Abwärtsspirale“ weiter, die schließlich in die ökonomische Depression mündete. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die extrem hohen Realzinsen als Folge einer restriktiven Geldpolitik der Notenbanken und fallender Preise (Deflation).

Auch den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wurde eine Sparpolitik betrieben, die einzelnen Länder versuchten, auf Kosten anderer ihre Importe zu drosseln und ihre Exporte auszuweiten, insbesondere durch Abwertungswettläufe. Der dadurch verursachte Einbruch im Welthandel verschärfte die Krise.

Im Zuge der sich vertiefenden Wirtschaftskrise nahmen die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen den Parteien immer mehr zu.

Zur Entwicklung der derzeitigen Krise

Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und gefördert durch den „Kalten Krieg“ wurde nach 1945 das Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ entwickelt, das gemeinsam mit dem Weltwährungssystem von Bretton Woods und den GATT-Runden zur Liberalisierung des Welthandels ein anhaltend hohes Wachstum ermöglichte. Die wichtigsten Komponenten dieses „Prosperitätsmodells“ waren:

- Eine neue ökonomische Theorie, welche den systemischen (Kreislauf-)Charakter des Wirtschaftens ins Zentrum rückte: der Keynesianismus.

- Eine darauf aufbauende Wirtschaftspolitik, welche sich insbesondere am Ziel der Vollbeschäftigung orientierte.
- Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit.
- Enge Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.
- Stabile, unter der Wachstumsrate liegende Zinssätze.
- Stabile Wechselkurse, insbesondere des Dollar als „Ankerwährung“.
- Stabile Preise der in Dollar notierenden Rohstoffe.

Dieses Modell war so erfolgreich, daß in Europa schon Anfang der sechziger Jahre Vollbeschäftigung herrschte; in dieser für sie günstigen Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen, eine Umverteilung zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung: beides wurde teilweise durchgesetzt, insbesondere durch die Verdreifachung der Streiks Mitte der sechziger Jahre. Die nachfolgende Studenten- und Ökologiebewegung drängte die Unternehmerschaft weiter in die Defensive.

In dieser Situation nahm die Bereitschaft von Ökonomen und Unternehmern zu, jene Theorie zu propagieren, welche die „Schädlichkeit“ des Wohlfahrtsstaats wissenschaftlich untermauerte: das Weltbild des Liberalismus, im neuen Gewand des Monetarismus, gewann wieder an Einfluß. Der Übergang des wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen „mainstream“ vom Keynesianismus zum Neo-Liberalismus markiert die erste „Etappe“ in der Entwicklung der gegenwärtigen Krise.

Die zweite „Etappe“ bestand in der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse (1971/73), entsprechend der neo-liberalen Doktrin wurde die Kursbildung dem Devisenmarkt überlassen. Die rasch einsetzende Spekulation verursachte enorme Kursschwankungen, insbesondere der „Ankerwährung“, des Dollar. Die zwei ausgeprägten Entwertungen des Dollar 1971/73 und 1977/78 waren wiederum der wichtigste Grund für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Der Übergang zu einer monetaristisch motivierten Hochzinspolitik (1979/81) markiert die dritte „Etappe“: steigende Dollarzinsen zogen eine enorme Dollaraufwertung nach sich, wodurch auch die Dollarschulden der Entwicklungsländer „aufgewertet“ wurden; die internationale Schuldenkrise (1982) dämpfte das Welthandelswachstum nachhaltig, Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit in den Industrieländern nahmen auch deshalb weiter zu.

Die vierte „Etappe“ besteht im Anwachsen des Problems „Staatsverschuldung“: als Folge der Hochzinspolitik der Notenbanken liegt der Zinssatz seit Ende der siebziger Jahre permanent über der

Wachstumsrate, während er davor darunter gelegen war. Unter diesen Umständen haben die Unternehmen - verständlicherweise - ihr Finanzierungsdefizit gesenkt, um zu verhindern, daß ihre Schulden rascher wachsen als ihre Umsätze. Sie haben also ihre Investitionen von Real- zu Finanzanlagen verlagert (auch deshalb, weil letztere relativ profitabler geworden waren). Dies dämpfte Produktion und Beschäftigung, die Zahlungen an Arbeitslose stiegen, die Steuereinnahmen blieben hinter den Erwartungen zurück, die Budgetdefizite nahmen zu und damit auch die Staatsverschuldung.

Bis Anfang der neunziger Jahre haben die meisten Regierungen diese Entwicklung „akzeptiert“, dies hat das Tempo der Krisenausweitung gemildert.

Die fünfte „Etappe“ wurde durch die Hochzinspolitik der deutschen Bundesbank geprägt (1989/93): diese war nicht nur der wichtigste Grund für das Ausmaß der Rezession 1993, sondern auch für den Zusammenbruch fester Wechselkurse in Europa; denn wichtige Länder wie Großbritannien, Spanien und Italien konnten den von der Bundesbank vorgegebenen Zinsanstieg nicht „aushalten“, insbesondere wegen der sich verschlechternden Konjunktur und einer weiteren starken Abwertung des Dollar (die US-Notenbank senkte in dieser Periode die Dollarzinsen auf das niedrigste Niveau der Nachkriegszeit).

Die Destabilisierung der europäischen Wechselkurse spaltete die EU in einen zentralen Hartwährungsblock und die Weichwährungsländer (sechste „Etappe“) und verschärfte so die Konkurrenz der einzelnen Länder gegeneinander im Kampf um immer knappere Arbeitsplätze (nicht nur durch Abwertungen, sondern auch durch Senkung von Löhnen oder Sozialleistungen). Produktion und Beschäftigung in der Gesamt-EU wurden durch das Zusammenwirken dieser nicht-kooperativen Einzelstrategien weiter gedämpft.

Die siebente „Etappe“ bestand in der durch den Maastricht-Vertrag „gleichgeschalteten“ Sparpolitik der EU-Regierungen, also dem Versuch, Budgetdefizit und Staatsverschuldung bei einem anhaltend positiven Zins-Wachstums-Differential zu reduzieren. Da die Unternehmer unter dieser Finanzierungsschranke nicht bereit sind, ihr Defizit auszuweiten, kann der Staat sein Defizit nur dann „wachstumsschonend“ senken, wenn er gleichzeitig die Überschüsse der privaten Haushalte reduziert, also die Einkommen der besser Verdienenden zu seinen Gunsten umverteilt (diese senken bei Einkommenseinbußen eher ihr Sparen als ihren Konsum). Dies erfordert eine primär einnahmenseitige Konsolidierungsstrategie (diesen Weg hat 1994 die US-Regierung mit großem Erfolg gewählt).

Wegen des „Spardogmas“ versuchten die EU-Regierungen aber, ihre Budgets primär ausgabenseitig zu konsolidieren, insbesondere durch Kürzung von Sozialausgaben: da diese überwiegend einkommensschwächeren Schichten zufließen, wurden so der Konsum und damit die Umsätze der

Unternehmen gesenkt: das Wachstum von Produktion, Investition und Beschäftigung ging zurück, das Budgetdefizit fiel Jahr für Jahr höher aus als "buchhalterisch" geplant.

Die Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Maastricht-Einigung (1991) ist bedrückend: Hohe Zinsen, destabilisierte Wechselkurse und eine einseitige Sparpolitik haben die Zahl der Arbeitslosen in der EU von 13 auf 18 Millionen sowie die Staatsschuldenquote von 61% auf 79% erhöht, stärker als in jeder vorangegangenen 5-Jahres-Periode der Nachkriegszeit.

In der (kommenden) achten „Etappe“ werden manche Regierungen die Symptomkur intensivieren und insbesondere die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose massiv kürzen (für Deutschland wurde ein solches „Sparpaket“ bereits angekündigt). Da Arbeitslosengelder zur Gänze in den Konsum fließen, wird sich die Wirtschafts- und Budgetlage dadurch weiter verschlechtern.

In der (wahrscheinlich kommenden) neunten „Etappe“ wird versucht werden, die Nominallöhne zu senken; gefördert wird diese Tendenz durch Standortverlagerungen im Zuge der Globalisierung (bzw. entsprechende Androhungen) sowie durch das neo-liberale Dogma, daß letztlich nur so die Arbeitslosigkeit verringert werden kann. In diesem Fall könnte es auch zu einer Deflation kommen, sodaß selbst bei gutem Willen der Notenbanken der Zinssatz nicht mehr unter die Wachstumsrate gedrückt werden kann.

In der zehnten „Etappe“ werden die neo-liberalen Experimente so gründlich gescheitert sein, daß ihre Theoretiker in eine „Sinnkrise“ und ihre Praktiker in eine politische Krise stürzen. Erst dann wird eine neue, „systemisch“ orientierte Wirtschaftstheorie und eine darauf basierende wirtschaftspolitische Gesamtstrategie entwickelt werden können. Sie wird das Fundament für den Beginn eines neuen Wachstumszyklus bilden.